



Jetzt ist Freiberger Hospitalwald im Visier der Trassen-Gegner

Brief an Oberbürgermeister mit Sorge um Naherholung - Seit Jahren Varianten geprüft

Von Gabriele Fleischer und Rolf Rudolph

Freiberg. Auch wenige Monate vor einem greifbaren Baurecht für die 13 Kilometer lange Ortsumgehung von Freiberg nimmt die Diskussion kein Ende. Jetzt ist ein Brief mit 180 Unterschriften an Oberbürgermeister Bernd-Erwin Schramm (parteilos) gegangen. Nicht die Mopsfledermaus, sondern die Zukunft des gesamten Naherholungsgebiets Hospitalwald beunruhigt die Bürger dieses Mal. Das Waldgebiet werde von einer dreispurigen Schnellstraße, die teilweise in einer Höhe von acht bis neun Metern verlaufen soll, zerschnitten; die Zugangswege würden auf ein Minimum beschränkt, heißt es. Das von vielen genutzte ruhige Naherholungsgebiet würde mit Autoabgasen belastet, was es wertlos mache. Der Oberbürgermeister wird in dem Brief aufgefordert, sich für eine erneute Prüfung des Trassenverlaufs stark zu machen. Die Unterzeichner bitten um ein Gespräch bei einem Vortorterminein.

"Mehrere Gemeindeglieder, die in dem Einzugsgebiet wohnen, sind schon mit dem Problem an mich herangetreten. Die geplante Variante ohne Geschwindigkeitsbegrenzung und ohne Lärmschutzwände beunruhigt viele", meint der Übermittler des Briefes, Pfarrer Michael Tetzner. Der 42-Jährige dreht im Hospitalwald wie viele anderen Jogger seine Laufrunden und weiß, wie beliebt das Gebiet auch bei Spaziergängern und Skifahrern ist. "Ich denke, die geplante Variante ist vom grünen Tisch entschieden worden. Ich weiß, was ständiger Autolärm bedeutet, da meine erste Pfarrstelle weit von der Autobahnbrücke der A72 in Wilkau-Haßlau war", so der Vorsitzende des Kirchenvorstands der Kirchgemeinde St. Johannis in Freiberg, der die Umgehungsstraße als nicht unbedingt notwendig ansieht. Ihm sei klar, dass bei den vielen Befürwortern wahrscheinlich kein Weg an der Umgehung vorbei führe. Dann, so meint er, sollte es aber eine zumutbare Variante sein.

Genau darüber aber war bereits jahrelang diskutiert worden. Nach Einsprüchen von Anwohnern in Neu-Friedeburg wurde sie nach eingehender Prüfung sogar ein Stück Richtung Wald versetzt. Inzwischen habe die Landesdirektion Chemnitz das weitere Verfahren in der Hand - so seien die Spielregeln, erklärte Schramm. Natürlich seien auch Vertreter der Stadtverwaltung bei den Erörterungen zu Einwänden befragt worden. Aber auch dazu sei man von der Landesdirektion eingeladen worden. Die Verwaltung habe nicht die Möglichkeit, an allen Erörterungen teilzunehmen, erklärte Holger Reuter, Beigeordneter für Bau und Stadtentwicklung. Das bestimme einzig und allein die Landesdirektion.

Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte der Stadtrat sein Votum für den Bau der Ortsumgehung erteilt. In einer gegenüber den Chemnitzer Behörden dargelegten Stellungnahme heißt es zum Hospitalwald: "Durch die vorgesehene Waldumwandlung entstehen wirtschaftliche Verluste. Bezüglich der in Anspruch genommenen Waldflächen sind Ausgleichsregelungen im Rahmen des weiteren Verfahrens erforderlich."

Insgesamt waren knapp 300 Einwände eingegangen und erörtert worden. Jetzt wird in Chemnitz der Planfeststellungsbeschluss erarbeitet, ein Werk von 200 bis 300 Seiten. Dort würden auch Einwände berücksichtigt. Kommt ein Kompromiss zu Stande, wird der Beschluss nach erneuter Auslage rechtskräftig.

Inzwischen hat sich die SPD-Bundestagskandidatin Simone Raatz mit einer Botschaft von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) zu Wort gemeldet. Er hat die baldige Bereitstellung von Geldern für den ersten, den westlichen Teil, bekräftigt. "Natürlich finde auch ich es nicht schön, dass die Nutzung des Hospitalwaldes als Naherholungsgebiet durch die geplante Ortsumgehung beeinträchtigt wird", schätzt sie ein. Im jahrelangen Planungsprozess seien jedoch verschiedene Varianten gegeneinander abgewogen worden.

Jeder Betroffene habe ausreichende Möglichkeiten gehabt, sich zu informieren und zum Verlauf zu äußern. Der Planungsprozess gelange nun an sein Ende. Unternehmen wie die Deutsche Solar AG und Takata Petri warteten händeringend auf den Baustart, aber auch die Freiberger, die jetzt den hohen Verkehrsbelastungen, beispielsweise an der Berthelsdorfer Straße, ausgesetzt seien, so Raatz. "Ich glaube, dass am Ende des Abwägungsprozesses die für alle Anlieger, aber auch Zwecke geeignetste Lösung gefunden wird."

Stichwort: Ortsumgehung

Für 68 Millionen Euro soll als Ortsumgehung Freiberg ein reichlich 13 Kilometer langer Dreiviertel-Bogen von der B 101 bei Kleinwaltersdorf im Norden der Stadt über die B 173 am westlichen Stadtrand und die B 101 nahe des Gewerbegebiets Häuersteig im Süden zur B 173 bei Hilbersdorf

dorf im Nordosten geschlagen werden. Die Unterlagen waren vom 20. Oktober bis zum 20. November 2008 öffentlich ausgelegt. Laut Landesdirektion gab es knapp 300 Einwände.

de. Seit den 1990er Jahren ist die Ortsumgehung im Gespräch. Sie soll den Betrieben in den Freiberger Gewerbegebieten eine schnellere Anbindung an die Autobahn bringen und die Stadt entlasten. Gegner des Projekts befürchten jedoch, dass dabei Erholungsgebiete sowie geschützte Tiere und Pflanzen beeinträchtigt werden.

Jetzt ist Freiberger Hospitalwald im Visier der Trassen-Gegner

Brief an Oberbürgermeister mit Sorge um Naherholung – Seit Jahren Varianten geprüft

VON GABRIELE FLEISCHER UND ROLF RUDOLPH

Freiberg. Auch wenige Monate vor einem greifbaren Baurecht für die 13 Kilometer lange Ortsumgehung von Freiberg nimmt die Diskussion kein Ende. Jetzt ist ein Brief mit 180 Unterschriften an Oberbürgermeister Bernd-Erwin Schramm (parteilos) gegangen. Nicht die Mopsfledermaus, sondern die Zukunft des gesamten Naherholungsgebiets Hospitalwald beunruhigt die Bürger dieses Mal. Das Waldgebiet werde von einer dreispurigen Schnellstraße, die teilweise in einer Höhe von acht bis neun Metern verlaufen soll, zerschnitten; die Zugangswege würden auf ein Minimum beschränkt, heißt es. Das von vielen genutzte ruhige Naherholungsgebiet würde mit Autoabgasen belastet, was es wertlos mache. Der Oberbürgermeister wird in dem Brief aufgefordert, sich für eine erneute Prüfung des Trassenverlaufs stark zu machen. Die Unterzeichner bitten um ein Gespräch bei

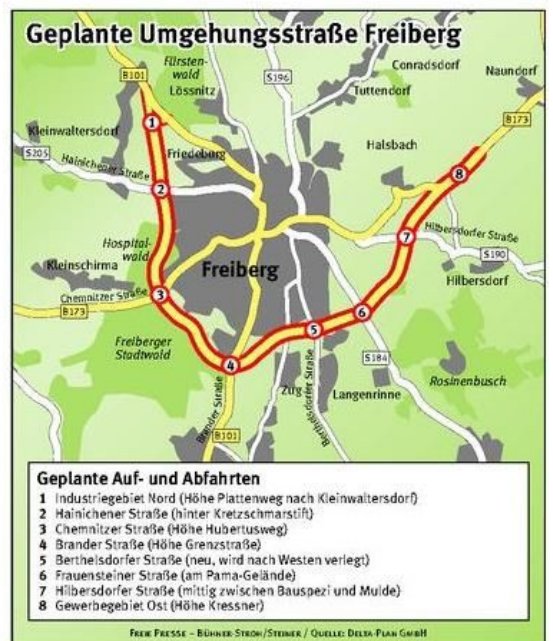
auch bei Spaziergängern und Skifahrern ist. "Ich denke, die geplante Variante ist vom grünen Tisch entschieden worden. Ich weiß, was ständiger Autolärm bedeutet, da meine erste Pfarrstelle weit von der Autobahnbrücke der A72 in Wilkau-Haßlau war", so der Vorsitzende des Kirchenvorstands der Kirchgemeinde St. Johannis in Freiberg, der die Umgehungsstraße als nicht unbedingt notwendig ansieht. Ihm sei klar, dass bei den vielen Befürwortern wahrscheinlich kein Weg an der Umgehung vorbei führe. Dann, so meint er, sollte es aber eine zumutbare Variante sein.

Genau darüber aber war bereits jahrelang diskutiert worden. Nach Einsprüchen von Anwohnern in Neu-Friedeburg wurde sie nach eingehender Prüfung sogar ein Stück Richtung Wald versetzt. Inzwischen habe die Landesdirektion Chemnitz das weitere Verfahren in der Hand - so seien die Spielregeln, erklärte Schramm. Natürlich seien auch Vertreter der Stadtverwaltung bei den Erörterungen zu Einwänden befragt

nitz Behörden dargelegten Stellungnahme heißt es zum Hospitalwald: "Durch die vorgesehene Waldumwandlung entstehen wirtschaftliche Verluste. Bezüglich der in Anspruch genommenen Waldflächen sind Ausgleichsregelungen im Rahmen des weiteren Verfahrens erforderlich."

Insgesamt waren knapp 300 Einwände eingegangen und erörtert worden. Jetzt wird in Chemnitz der Planfeststellungsbeschluss erarbeitet, ein Werk von 200 bis 300 Seiten. Dort würden auch Einwände berücksichtigt. Kommt ein Kompromiss zu Stande, wird der Beschluss nach erneuter Auslage rechtskräftig.

Inzwischen hat sich die SPD-Bundestagskandidatin Simone Raatz mit einer Botschaft von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) zu Wort gemeldet. Er hat die baldige Bereitstellung von Geldern für den ersten, den westlichen Teil, bekräftigt. "Natürlich finde auch ich es nicht schön, dass die Nutzung des Hospitalwaldes als Naherholungsgebiet durch die geplante Ortsumgehung beeinträchtigt werden.



jetzt den hohen Verkehrsbelastungen, beispielsweise an der Berthelsdorfer Straße, ausgesetzt sind, so Raatz. B 101 nahe des Gewerbegebiets Häuersteig im Süden zur B 173 bei Hilbersdorf

einem Vortertem.

„Mehrere Gemeindeglieder, die in dem Einzugsgebiet wohnen, sind schon mit dem Problem an mich herangetreten. Die geplante Variante ohne Geschwindigkeitsbegrenzung und ohne Lärmschutzwände beunruhigt viele“, meint der Übermittler des Briefes, Pfarrer Michael Tetzner. Der 42-jährige dreht im Hospitalwald wie viele anderen Jogger seine Laufrunden und weiß, wie beliebt das Gebiet

worden. Aber auch dazu sei man von der Landesdirektion eingeladen worden. Die Verwaltung habe nicht die Möglichkeit, an allen Erörterungen teilzunehmen, erklärte Holger Reuter, Beigeordneter für Bau und Stadtentwicklung. Das bestimme einzig und allein die Landesdirektion.

Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte der Stadtrat sein Votum für den Bau der Ortsumgehung erteilt. In einer gegenüber den Chem-

trächtig wird“, schätzt sie ein. Im jahrelangen Planungsprozess seien jedoch verschiedene Varianten gegeneinander abgewogen worden.

Jeder Betroffene habe ausreichende Möglichkeiten gehabt, sich zu informieren und zum Verlauf zu äußern. Der Planungsprozess gelange nun an sein Ende. Unternehmen wie die Deutsche Solar AG und Takata Petri warteten händeringend auf den Baustart, aber auch die Freiburger, die

dorfer Straße, ausgesetzt seien, so Raatz. „Ich glaube, dass am Ende des Abwägungsprozesses die für alle Anlieger, aber auch Zwecke geeignetste Lösung gefunden wird.“

STICHWORT: ORTSUMGEHUNG

Für 68 Millionen Euro soll als Ortsumgehung Freiberg ein reichlich 13 Kilometer langer Dreiviertel-Bogen von der B 101 bei Kleinwaltersdorf im Norden der Stadt über die B 173 am westlichen Stadtrand und die

im Nordosten geschlagen werden. Die Unterlagen waren vom 20. Oktober bis zum 20. November 2008 öffentlich ausgelegt. Laut Landesdirektion gab es knapp 300 Einwände. Seit den 1990er Jahren ist die Ortsumgehung im Gespräch. Sie soll den Betrieben in den Freiburger Gewerbegebieten eine schnellere Anbindung an die Autobahn bringen und die Stadt entlasten. Gegner des Projekts befürchten jedoch, dass dabei Erholungsgebiete sowie geschützte Tiere und Pflanzen beeinträchtigt werden.

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Freiberger Zeitung
Erscheinungstag	Mittwoch, den 02. September 2009
Seite	11

→ Impressum → Kontakt